

**Atomwaffen verbieten und abschaffen –  
Friedensethische Erklärung der Lippischen Landeskirche  
zur atomaren Bewaffnung und Teilhabe**

**Lippische Landessynode am 8. Juni 2018**

Auch knapp 30 Jahre nach Ende des so genannten Kalten Krieges ist mit den vorhandenen Atomwaffen nach wie vor eine große Anzahl an Massenvernichtungswaffen auf dieser Welt vorhanden und einsatzbereit.

Vor diesem Hintergrund hat der Ökumenische Rat der Kirchen auf seiner 10. Vollversammlung 2013 in Busan die Kirchen aufgerufen, „sich in Zusammenarbeit mit der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen für die Abschaffung aller Kernwaffen und anderer Massenvernichtungswaffen einzusetzen“. Etliche EKD-Gliedkirchen befinden sich in einem Beratungsprozess „Kirche des gerechten Friedens werden“, in dem zum Teil auch die atomare Bewaffnung thematisiert wird. In jüngster Zeit, im Januar 2018, hat z. B. die Evangelische Kirche im Rheinland dies in ihrem „Friedenswort“ aufgenommen und die Bundesregierung aufgefordert, den Atomwaffenverbotsvertrag vom 7. Juli 2017 zu unterzeichnen.

Angesichts sich aktuell wieder zuspitzender Konflikte zwischen Staaten mit Atomwaffen und Ankündigungen erneuter atomarer Aufrüstung und Modernisierung möchte die Synode der Lippischen Landeskirche dem Auftrag Friedensstifter zu sein (Mt. 5,9) nachkommen. Sie erinnert an die Erklärung des Reformierten Bundes von 1982 und bekräftigt ihre Entschließung vom 14. Juni 1983:

„Weil Gott in Christus sein gnädiges Ja zum Leben gesprochen hat, müssen wir im Namen Christi ein deutliches Nein sprechen zu einem System der Friedenssicherung in Ost und West, das weltweiten Hunger und möglichen Massenmord gnadenlos in Kauf nimmt und damit die Gewissen vieler vergiftet.“ „Deshalb sagen wir Nein zur Herstellung, Bereithaltung und zum Einsatz von Massenvernichtungsmitteln.“

In einer Zeit, in der Feindbilder neu belebt werden und hierdurch auch die atomare Bedrohung wieder präsenter wird, verpflichtet sich die Lippische Landeskirche, mit neuem Nachdruck für Versöhnung und Verständigung einzutreten. Dies geschieht unter anderem in der Pflege der Kirchen- und Gemeindepartnerschaften, in den internationalen Vernetzungen und Kontakten sowie in ihrem Einsatz für Gerechtigkeit und Toleranz.

Darüber hinaus fordert die Landessynode die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Mitglieder des Deutschen Bundestages auf,

1. mit vertrauensbildenden Maßnahmen das selbst gesteckte Ziel einer vollständigen atomaren Abrüstung mit wahrnehmbaren Schritten zu verfolgen,
2. den am 7. Juli 2017 beschlossenen Atomwaffenverbotsvertrag, den 122 Staaten innerhalb der Vereinten Nationen beschlossen haben, zu unterzeichnen,
3. auf die NATO Einfluss zu nehmen, ihre Nuklearstrategie schnellst möglich aufzugeben und zu einer globalen Abrüstung aller Nuklearwaffen beizutragen,
4. den vollständigen Abzug aller in Deutschland stationierten Atomwaffen zu veranlassen und die nukleare Teilhabe der Bundesrepublik Deutschland zu beenden.